



# **Niederschrift**

## **Finanzausschuss**

19. Wahlperiode - 103. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. März 2021, 10 Uhr,  
im Plenarsaal des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Stefan Weber (SPD) Vorsitzender  
Tobias Koch (CDU)  
Volker Nielsen (CDU)  
Ole-Christopher Plambeck (CDU)  
Birgit Herdejürgen (SPD)  
Beate Raudies (SPD)  
Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) i. V. v. Lasse Petersdotter  
Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Annabell Krämer (FDP)  
Lars Harms (SSW)

**Weitere Abgeordnete**

Dr. Heiner Dunckel (SPD)  
Bernd Heinemann (SPD)

**Fehlende Abgeordnete**

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Finanzielle Situation der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein</b>	<b>4</b>
	Umdrucke 19/5473 und 19/5502	
<b>2.</b>	<b>Gesamtplan 2021 für IT und Digitalisierung</b>	<b>5</b>
	Vorlage des Digitalisierungsministeriums Umdruck 19/5338	
<b>3.</b>	<b>Gewährung von Zuschüssen zu den Kosten der Unterbringung bei notwendiger auswärtiger Unterkunft für Schülerinnen und Schüler beruflicher Schulen</b>	<b>7</b>
	Vorlage des Wirtschaftsministeriums Umdruck 19/5483	
<b>4.</b>	<b>Information/Kennntnisnahme</b>	<b>8</b>
	Umdruck 19/5470 - Verwaltungsvereinbarung Sportstätten Umdruck 19/5471 - Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung Umdruck 19/5482 - Stundung von Steuern	
<b>5.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>9</b>

Der Vorsitzende, Abg. Weber, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

## **1. Finanzielle Situation der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein**

### [Umdrucke 19/5473 und 19/5502](#)

Gesundheitsstaatssekretär Dr. Badenhop führt in die Thematik ein. Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet er, nach Einschätzung der Krankenhausgesellschaft Schleswig-Holstein seien die Erlöse der schleswig-holsteinischen Krankenhäuser durchschnittlich um ungefähr 23 % gegenüber dem Jahr 2019 zurückgegangen. Es sei nicht zu akzeptieren, Krankenhäuser, die aufgrund einer pandemischen Entwicklung unter Erlöseinbrüchen litten, einem unkontrollierten Bereinigungsprozess auszusetzen und ihnen aus wirtschaftlichen Zwängen infolge der Pandemie den Weiterbetrieb unmöglich zu machen.

Die Landesregierung sei zuversichtlich, dass die gemeinsame Initiative von Bayern, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz Erfolg haben werde, die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin auf ihrer nächsten Konferenz einen fairen und angemessenen Ausgleich für coronabedingte Erlösausfälle der Krankenhäuser beschließen und der Bund zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stelle. Sollte es keine sachgerechte Lösung durch den Bund geben, müsste das Land agieren, um die schlimmsten Folgen für die Kliniken abzuwenden.

Der Finanzausschuss nimmt die [Umdrucke 19/5473](#) und 19/5502 zur Kenntnis.

## 2. Gesamtplan 2021 für IT und Digitalisierung

Vorlage des Digitalisierungsministeriums  
[Umdruck 19/5338](#)

Herr Goldschmidt, Staatssekretär im Digitalisierungsministerium, führt in den Gesamtplan ein. Auf Fragen von Abg. Raudies erwidert er, die Ressorts seien verpflichtet, ihre IT-Leistungen über Dataport zu vergeben. Dataport hebe über den Mehrländerverbund Synergien, durch die Zentralisierung von IT-Infrastruktur und Dienstleistungen würden Kosten gesenkt und eine effiziente Digitalisierung vorangetrieben. Die Steuerung von Dataport stehe hoch auf der Agenda, und man müsse gewährleisten, dass Dataport die Anforderungen der Digitalisierung auch vom Volumen her bewältigen könne. Um das Thema Green IT zu forcieren, sei die Konsolidierung der Rechenzentren entscheidend (Energie- und Kosteneffizienz, IT-Sicherheit); man setze auch im Büroalltag und bei der Vergabe von Softwareleistungen auf eine Optimierung des Ressourcenverbrauchs. Die durch das Land bereitgestellten Videokonferenzsysteme liefen inzwischen stabil, weitere Anstrengungen würden unternommen. Schleswig-Holstein habe dem Registermodernisierungsgesetz im Bundesrat nicht zugestimmt, weil es Bedenken innerhalb der Koalition gegeben habe; die Verweigerung der Zustimmung habe nicht am Ministerium gelegen.

Er stellt heraus, dass die Landesregierung das Thema Digitalisierung mit hoher Priorität bearbeite (Digitalisierungskabinetts, interministerielle Arbeitsgruppe). Steuerung und Zentralisierung der IT erfolgten im Austausch mit den Ressorts.

Abg. Dr. Dunckel wiederholt seinen Wunsch, im Bericht für die einzelnen Projekte folgende Punkte transparent aufzuführen: Laufzeit, vorgesehene Budget, tatsächliche Ausgaben, Zielerreichung. - Staatssekretär Goldschmidt sagt zu, diesem Wunsch in Zukunft Rechnung zu tragen.

Herr Dr. Eggeling, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, erinnert an den Beschluss des Landtags, ihm den IT-Gesamtplan zeitgleich mit Einzelplan 14 zur Beratung vorzulegen. Er regt an, dass die Landesregierung den Finanzausschuss in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 über den Umsetzungsstand der geplanten Maßnahmen unterrichte.

Herr Thomsen, CIO des Landes, sagt zu, den Finanzausschuss Mitte/Ende des laufenden Jahres über die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen der Ressorts zu informieren (Projektbericht). Auf Fragen von Abg. Dr. Dunckel antwortet er, selbstverständlich gebe es ein zentrales Steuerungs- und Controllingsystem. Die Haushaltsstrategiegespräche mit den Ressorts fänden zu Beginn des Jahres statt. Die übergreifenden strategischen Zielsetzungen des IT-Gesamtplans würden auf ressortspezifische Schwerpunkte und Maßnahmen heruntergebrochen. Sodann erläutert er noch einmal die Aufteilung der in der letzten Ausschusssitzung bewilligten 27,5 Millionen € für das Programm „Digitalisierungsbooster SH“, [Umdruck 19/5460](#).

Abg. Dr. Dunckel fragt die Landesregierung, in welchem Umfang Haushaltsmittel für Künstliche Intelligenz sowie im Zusammenhang mit IT anfallenden Arbeits- und Gesundheitsschutz (Homeoffice) veranschlagt seien. - Staatssekretär Goldschmidt verweist auf die Zuständigkeit der Staatskanzlei.

Der Finanzausschuss nimmt [Umdruck 19/5338](#) zur Kenntnis.

### **3. Gewährung von Zuschüssen zu den Kosten der Unterbringung bei notwendiger auswärtiger Unterkunft für Schülerinnen und Schüler beruflicher Schulen**

Vorlage des Wirtschaftsministeriums  
[Umdruck 19/5483](#)

Herr Buske, Leiter des Referats Berufliche Bildung, Aufsicht SHIBB, im Wirtschaftsministerium, führt in [Umdruck 19/5483](#) ein. Auf Fragen aus dem Ausschuss teilt er mit, die Zahl der von den Betrieben gemeldeten Ausbildungsplätze sei gegenüber Februar 2020 um 4,3 % zurückgegangen, die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen um 17,3 %. Daher müsse man die Kommunikation mit allen Akteuren weiter verstärken. Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe sei nach wie vor hoch.

Die Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen zu den Kosten der Unterbringung bei notwendiger auswärtiger Unterkunft für Schülerinnen und Schüler beruflicher Schulen solle rückwirkend zum 1. Januar 2021 in Kraft treten; Anträge könnten ab Ende März beim SHIBB gestellt werden.

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die mit [Umdruck 19/5483](#) erbetene Zustimmung.

#### **4. Information/Kenntnisnahme**

[Umdruck 19/5470](#) - Verwaltungsvereinbarung Sportstätten

[Umdruck 19/5471](#) - Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung

[Umdruck 19/5482](#) - Stundung von Steuern

Zu [Umdruck 19/5482](#) (Stundung von Steuern) fragt Abg. Raudies, inwieweit es auf Bundes-ebene Überlegungen gebe, coronabedingte steuerliche Erleichterungen über den März hinaus zu ermöglichen (Steuerstundung). - Finanzstaatssekretär Philipp sagt zu, diese Frage zu prüfen.

Der Finanzausschuss nimmt die drei aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

## 5. Verschiedenes

a) Staatssekretär Philipp kündigt an, den Finanzausschuss in Kürze über den Mittelabfluss der Haushaltsmittel zur Bewältigung der Coronakrise mit Stand 28. Februar 2021 zu informieren.

b) Der Staatssekretär bittet um Verständnis, wenn Berichtsfristen des Haushalts 2021 beziehungsweise des Haushaltsführungserlasses bis zum 31. März 2021 im Einzelfall nicht eingehalten werden könnten.

c) Der Staatssekretär teilt mit, dass das Land 2,4 Millionen Coronatests bestellt habe, die jetzt nach und nach angeliefert würden. Über die Verteilung und weitere Einzelheiten werde die Landesregierung den Finanzausschuss zur nächsten Sitzung informieren. - Abg. Raudies bittet darum, dem Finanzausschuss so schnell wie möglich einen entsprechenden Umdruck zuzuleiten.

d) Am 18. März 2021 tagt der Beteiligungsausschuss. Die nächste reguläre Sitzung des Finanzausschusses findet am 22. April 2021 statt.

Der Vorsitzende, Abg. Weber, schließt die Sitzung um 11:40 Uhr.

gez. Stefan Weber  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer